

28. Juni 1916

Hauslistenabgabe bei der Brotkommission: Die nächste Abgabe der Hauslisten hat am Samstag den 1. Juli 1916 zu erfolgen, worauf die Leser im Interesse der Wohnparteien die Hausverwaltungen eventuell aufmerksam machen wollen.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 28. Juni 1916.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

macht folgende Mitteilung:

Kohlengroßhändler Anton Haller spendet 2000 K für bedürftige Witwen und Waisen nach den in diesem Kriege gefallenen Vaterlandsverteidigern aus dem 9. Bezirk.

GR. Hohensinner stellt folgende Anfrage: Ein unentbehrlicher Bedarfsartikel, der im Kriege eine ungeheure Preissteigerung erfahren hat, ist das Schuhzeug. Der Ankauf eines Paars Schuhe bringt das Monatsbudget des Mittelstandes in Unordnung und Verwirrung. Wehe dem Familienvater, der mehrere Kinder mit Schuhwerk zu versorgen hat. Und doch müssen Leder und Schuhe in ausreichenden Mengen vorhanden sein. Wollen doch, wie die Zeitungen melden, die anständigen Schuhfabrikanten eine sofortige Preisermäßigung eintreten lassen, für den Fall, daß die Behörde dem Wucher mit den vorhandenen Sohlenleder ein Ende macht. Der Käufer von 100 Kilogramm Sohlenleder erhält dieses nämlich zum amtlichen Höchstpreise nur dann, wenn er noch 200 Kilogramm Abfallleder zum Preise von 13 K kauft, das aber kaum den vierten Teil des geforderten Preises wert ist und auch sofort wieder zu einem geringeren Betrage zurückgekauft wird. Dieser Vorgang führt dazu, daß gutes Sohlenleder bei einem Höchstpreise von 13 K nur um 30 bis 35 K erhältlich ist. Es wird gefragt: Ist dem Bürgermeister dieser Vorgang bekannt und ist er geneigt, an zuständiger Stelle im Interesse der Wiener Bevölkerung die Abstellung dieser Preistreiberei zu fordern?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich kann nur sagen, daß die Gemeindeverwaltung rechtzeitig die Aufmerksamkeit der Regierung auf die wahrhaft desolaten Zustände gelenkt hat. Es ist auch von der Regierung eine Organisation geschaffen worden, welche aber leider - nach meiner Überzeugung - gerade den kleinen Schuhmachern nicht viel helfen wird. Ich möchte nur bitten, eine solche Interpellation nicht allgemein zu halten, sondern konkrete Fälle mir namhaft zu machen. Ich werde dann nicht ermangeln, die Anzeige beim zuständigen Gerichte zu erstatten.

GR. Reumann stellt folgende Anfrage: Mit Berufung auf eine aus dem Jahre 1907 stammende Anordnung hat die Direktion der

stätt- Strassenbahnen den Besitzern von Halbjahreskarten, soweit diese über den 1. Juli 1916 gültig sind, die Kündigung dieser Karten und deren eventuelle Rücklösung von diesem Tage ab angedroht. Abgesehen davon, dass die rechtliche Grundlage für diese Maßnahme gänzlich fehlen dürfte, bedeutet dieser Vorgang jedenfalls eine Beeinträchtigung erworbener Rechte der Besitzer der für die Zeitperiode April-September 1916 gelösten Halbjahreskarten. Diese Massnahme betrifft zum weitaus größeren Teile kleine Gewerbetreibende und kaufmännische Gehilfen-, Platzvertreter, Provisionsagenten - also jedenfalls eine Schicht der Bevölkerung, die in der heutigen Zeit der Teuerung weit eher eine Berücksichtigung als eine neue Belastung verdienen würde. Die Direktion der stätt- Strassenbahnen hält trotz der ihr gemachten Vorstellungen an der Kündigung fest und verweist die Besitzer der Jahreskarten auf den Prozessweg. Der Herr Bürgermeister selbst hat wiederholt der Meinung Ausdruck gegeben, dass von der furchtbaren Teuerung wohl am härtesten die Fixbesoldeten bedrückt werden, und es darf gewiss angenommen werden, dass dort, wo die Gemeinde im eigenen Wirkungskreis verfügen kann, nicht eine überflüssige und überdies rechtlich nicht begründete Benachteiligung derselben Fixangestellten und gleich ihnen leidenden zahlreichen Personen stattfindet. Ich frage deshalb: "Ist der Herr Bürgermeister gewillt, zu veranlassen, dass die Direktion der stätt- Strassenbahn den mit den Besitzern von Jahreskarten abgeschlossenen Vertrag einhält und die Gültigkeit der Halbjahreskarten, soweit sie auf den Karten bis Ende September 1916 ausdrücklich bezeichnet ist, in vollem Umfange bedingungslos gelten lässt?"

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich konnte in der kurzen Zeit der Sache nicht selber nachgehen und muß mich daher darauf beschränken, einen Bericht der Straßenbahndirektion zur Verlesung zu bringen, welcher lautet: Mit Rücksicht auf die im Mai beschlossene Tarifregelung, die nicht nur die Preise, sondern auch das Geltungsgebiet der Zeitkarten vom 2. Juli an abänderte, hat die Straßenbahndirektion von dem im § 9 der Bedingungen für die Ausgabe von Zeitkarten vorbehaltenen Rechte Gebrauch gemacht und die Halbjahreskarten April - Oktober 1916 durch bedingungsgemäße Verlautbarung zum 1. Juli gekündigt, so daß sie vom 2. Juli an zwar um den verhältnismäßigen Teil des Kaufpreises zurückgenommen werden, aber nicht mehr zur Fahrt berechtigen. Obwohl durch diese Kündigung weder ein Recht der Zeitkartenbesitzer verletzt, noch ihnen unbillig begegnet wird, weil die bisherigen Zeitkartenpreise, die noch von der Wiener Tramway-Gesellschaft stammen, in Betracht des seitherigen Anwachsens des Bahnnetzes ganz unwirtschaftlich gering waren, hat sich doch eine Agitation gegen die Maßregel erhoben. Die Kündigung zurückzunehmen bestet kein Ankauf, zumal, wenn nicht Irrtümer der Schaffner riskiert werden sollen,

den Wünschen der Zeitkartenbesitzer in einer anderen Art, als durch stillschweigende Verlängerung der Gültigkeit der gekündigten Karten Rechnung getragen werden müßte.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt hierzu: Ich werde mich noch mit der Sache befassen und kann heute noch keine Antwort erteilen, wie die Angelegenheit geregelt werden wird.

Es wird hierauf die Beratung des Hauptvoranschlages fortgesetzt.

GR. Klady spricht zuerst über die zu Beginn des Krieges oft überstürzt notwendig gewordenen vorsorgenden Verordnungen und sagt sich bin weit entfernt, wohlgemeinte Irrtümer zu verurteilen, wenn sie notwendig waren zur Ordnung dringender Angelegenheiten. Die Kritiker daran hätten es ja meist auch nicht besser gemocht. Voranzustellen ist immer der Zweck und der war in erster Linie daran gelegen, die Deckung der notwendigsten Bedürfnisse des Lebens und unsere Vorbereitung für den Kampf sicherzustellen. Keiner Stand auf Erden ist heute mehr blamiert als jener der Propheten, keiner hätte sich vor zwei Jahren getraut zu sagen, daß wir heute militärisch, finanziell und wirtschaftlich so dastehen werden, wie es der Fall ist. So viel Selbstvertrauen hatte keiner, erst heute haben wir alle dazu noch die Überzeugung, daß, mögen auch unvermeidliche Rückschläge und Sorgen an uns herantreten, wir auch am Ende des feigen Angriffes der halben Welt stolz auf unser siegreiches Vaterland und die glänzende Haltung seiner Bevölkerung bleiben werden. Wir werden durchhalten, vor allem auch mit unseren Lebensmitteln. Gewähr dafür bietet allein unsere Ernte. Ohne den okkupierten Provinzen und ohne Balkanzufuhr kommen auf jeden Kopf mehr als 1 Kilogramm Getreide täglich, wobei wir in Galizien den ungünstigsten Ertrag vor Augen haben. Unsere Organisationskunst steht vor einer lösbaren Aufgabe, der gerechten Verteilung, einer Aufgabe von solcher Dringlichkeit und Wichtigkeit, daß sie die ersten Fachleute mit weitestgehenden Vollmachten bedarf. Im Augenblicke ist für unsere Bevölkerung das wichtigste, daß unsere Organisation im kommenden Erntejahr die vollkommenste wird, die es gibt. Man darf vor allem die neue Organisation nicht schaffen, ohne die Konsumenten bei den Einigungsverhandlungen zuzuziehen. Man kann nicht dulden, daß die Städte und vor allem die Reichshauptstadt auf Zufälle und Gnaden angewiesen bleiben, damit sie die notwendigen Lebensmittel von Tag zu Tag erhalten. Was nützt die Organisation mit Brot-, Mehl-, Zucker- und anderen Karten, wenn die Ware nicht erhältlich ist? Ein wohlüberlegter Haushaltungsplan verhindert bei den vorhandenen Mitteln unsere Aushungerung, wenn auch die Landwirtschaft organisiert wird und die Bevölkerung sich den neuen Bedingungen anpaßt. Auch die Verordnungen müssen sich mehr nach den Bedürfnissen der Zeit

halten. So hat die Verordnung gegen die Hamster, die bestimmt hat, daß derjenige, der Mehl erspart hat, von einem bestimmten Tage an keine Mehlkarte bekomme, zur Folge gehabt, daß die Hamfrauen ganz einfach das Mehl verkocht haben, damit sie an dem betreffenden Tage der Vorratsaufnahme nichts auszuweisen brauchen. Sehr wichtig ist die Frage der Einschränkung der Lebensmittelmengen. Gemeinrat Rubner hat in seinen glänzenden Darlegungen nachgewiesen, daß eine Einschränkung in den Lebensmittelmengen durchaus keine Verkürzung derselben zu bedeuten habe. Große Bedeutung kommt deshalb einer Fleisch- und Fettersatznahrung zu, durch den erhofften Gemüsebau und dafür kann die Stadt Wien werktätig eingreifen und sie hätte schon früher Gelegenheit gehabt, etwas Wirksames in dieser Frage zu veranlassen, wenn sie auf meinen seinerzeitigen Antrag eingegangen wäre. Ein arger Mißstand ist auch der Rückhalt aller Jagdergebnisse. Die bezüglichen Verfügungen der Bezirksbehörden sind bar jedes Gemeinsinnes. Auf den Erlös hat die Jagdgemeinde sicher ein Anrecht, aber die Ware muß auf den allgemeinen Markt gebracht werden. Wir brauchen dringend ein Gesetz zum Schutze der städtischen Märkte, unsomehr, als die Zeit gleich wie dem Reiche auch den Städten die Pflicht auferlegt, Vorratspolitik zu treiben. Diese Vorratspolitik der Städte bedarf der Kühlhallen, die in wichtiger Voraussicht leider nur etwas zu spät bei uns in tadelloser Weise geschaffen wurden. Dem schwierigen Werke des Stadtbauamtes in schwerer Zeit gebührt die vollste Anerkennung. Vergessen Sie nicht, daß wir andere geworden sind dank unseren Feinden. Die jüngste Vergangenheit ist gekennzeichnet durch die Regierung der Heuchelei. Diese hatte schon jahrzehntelang das politische Leben der Parteien vergiftet und wieder erkennen wir heute den Ursprungstoff ihres Giftes in England. England ist entworfen wenn wir imstande sind die Welt gegen sein Gift immun zu machen und dafür wird gesorgt werden im wiedererwachten internationalen Verkehr, den zu unterbinden einem albernem Geschwätz gehässiger Konferenzbeschlüsse nie gelingen kann, weildies naturwidrig ist. Wir wollen und müssen uns selbständig machen, soweit es unsere Lebensbedingungen und Sicherheit erfordern. Wir werden und können aber nicht alles produzieren und werden auch nicht zwecklos auf vieles verzichten, was uns angenehm erscheint. Wir sind andere geworden dank unseren Feinden und diese werden staunen, was wir im Kriege gelernt haben. Eine Frage, die ihre Schrecken verloren hat, ist die Seuchengefahr, die jeder Krieg im Gefolge hatte. Es ist unmöglich, die hohen Verdienste unserer Aerzteschaft nicht auch bei dieser Gelegenheit neuerlich zu betonen und ich möchte ganz besonders meine Bewunderung ausdrücken für unser Stadtphysik und für seine hervorragenden Leistungen. Ich möchte bei

dieser Gelegenheit nur eine kleine Bitte vorbringen: Als einige Lyssaafälle sich ereigneten, wurde eine Verordnung erlassen, nach welcher die Hunde nicht nur den Maulkorb zu tragen, sondern auch an der Leine zu führen sind. Nunmehr sind wieder normale Verhältnisse eingetreten, und ich würde wünschen, daß die Tierquälerei wieder aufhört und die diesbezügliche Verordnung des Stadtphysikats zurückgezogen werde.

Eine außerordentlich wichtige Frage, die uns nach dem Kriege beschäftigen wird, ist die Frauenfrage. Die Frauen haben sich während des Krieges im vollen und Ganzen bewährt und wir können ihnen später den Eintritt in Berufe nicht verweigern, in welchem Sie in schweren Zeiten Anerkennenswertes geleistet haben. Ich möchte daher bitten, die Gemeinde möge Studien in dieser Richtung anstellen, wie man dem dringenden Bedürfnis nach neuen Frauenberufen entgegenkommen wird.

Zum Schluss noch kurz die Motivierung, warum ich mich contragemeldet habe. Ihre Partei stellt die Selbstsucht über alles, die andere Partei wieder stellt die Allgemeinheit über alles. Der goldene Mittelweg ist der, dass wir die Freiheit des Einzelnen im Rahmen des Willens der Allgemeinheit über alles stellen. Wir wollen die Ausdehnung der Staatsgrundgesetze ohne jede Heuchelei. Ich hoffe dass diese unsere Ueberzeugung auch nach dem Kriege einen starken Wiederhall finden werde.

GR. Goldband: (pro) : beantragt vor Allem, die in das Budget eingestellte Post für eine Widmung von 3 Betten in der Heilanstalt Mistyan bei einem vierwöchentlichen Kurzgebrauche auf 6000 Kronen zu erhöhen um die doppelte Anzahl Kurbedürftiger unterbringen und verpflegen zu können. Weiters beantragt der Redner die Bezeichnung „Konskriptionsamt“ die einem Fremdwort entstamme und oft zu Missdeutungen Anlass gebe, gelegentlich mit dem gut deutschen Namen „Wehr- und Heimatsamt“ zu bezeichnen.

GR. Hammerling: (contra) GR. Steiner hat gestern die Erklärung abgegeben, dass infolge des Ausbruches des Krieges die Sistierung des Gemeinderates notwendig geworden ist. Wir sind anderer Meinung und bezweifeln die Richtigkeit dieser Behauptung sehr. Er hat zwar erklärt, dass trotz dieser Sistierung viel Arbeit geleistet wurde, wir wollen das auch nicht bestreiten, meinen aber, dass nicht infolge der Lahmlegung der ganzen Gemeindeverwaltung, sondern trotz derselben dies möglich war und glauben, dass bedeutend mehr geleistet worden wäre, wenn der Gemeinderat getagt hätte. GR. Steiner hat weiters ausgeführt, dass man der Regierung begrifflich machen müsse, dass ohne Entgegenkommen gegen über den Bedürfnissen der Stadt Wien nicht regiert werden kann. Schon aus diesem Grunde allein wäre es notwendig gewesen, dass wenigstens die Gemeinde Wien regiert hätte, da sie nur dann die Möglichkeit gehabt hätte, sich in der Öffentlichkeit entsprechend in Geltung zu setzen. Wir haben ja gesehen, dass wichtige Verord-

nungen, wie z. B. in der Mehl und Kartoffelfrage erlassen sind, ohne dass man auf die Bedürfnisse einer 2 Millionenstadt Rücksicht genommen hätte. All dies konnte nur geschehen, weil wir eben keinen Gemeinderat hatten. Mit der Sistierung der Gemeinderats-tätigkeit ist aber auch eine Sistierung sämtlicher Gemeinderats-ausschüsse erfolgt, wofür gar keine Handhabe vorhanden war.

Alles wurde dem Stadtrat überlassen ~~überlassen~~ und an Stelle des Gemeinderates ist die Obmännerkonferenz getreten, von der ich nicht bestreiten will, dass sie zweifellos im Interesse der Bevölkerung Wiens gearbeitet hat, wofür sie ~~vielleicht~~ schliesslich auch in öffentlicher Sitzung den Dank des Bürgermeisters bekommen hat.

Grosse Fragen sind in der Budgetdebatte aufgeworfen worden, Fragen, die die Gegenwart und die Zukunft beschäftigen. So hat GR. Steiner einen Antrag auf Ausgestaltung der Arbeiterfürsorge gestellt. Da muss ich denn doch darauf verweisen, dass ähnliche Anträge von uns bereits des Oefteren gestellt wurden, besonders unter Bezugnahme auf die Arbeitslosen-Versicherung, die aber, wie so viele andere Anträge der Opposition ~~von~~ Stadträte ihre Bestätigung fanden. Jetzt wurde, allerdings nicht der Antrag, wohl aber die Idee aufgegriffen. Dem Problem der Arbeitslosenversicherung werden Sie sich eben nicht mehr verschliessen können, denn Sie haben die Pflicht dafür zu sorgen, dass den zurückkehrenden Soldaten nicht nur möglichst Arbeit geschaffen, sondern, soweit Sie dazu nicht in der Lage sind, ihnen über die Zeit der Arbeitslosigkeit durch eine Arbeitslosenversicherung hinweggeholfen wird. Alle die Fragen, die hier in der letzten Zeit aufgerollt wurden, lassen sich in zwei Gruppen einteilen: in Fragen, die ausschliesslich durch den Krieg und seine Folgen verursacht worden sind, und in Fragen, die notwendige Begleiterscheinungen der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise sind. Eine Anzahl dieser Fragen hat den innigsten Zusammenhang mit dem Wirtschaftsleben der Menschen, ^{z.B.} solange die Arbeiter nicht imstande sind ein solches Einkommen zu besitzen, um eine Familie allein ernähren und erhalten zu können, sodass ihre Frauen gezwungen sind, durch einen Nebenerwerb zum Unterhalt mitbeitragen.

Wir müssen dafür sorgen, dass in Zukunft alle jene wichtigen Bestimmungen des Wirtschaftslebens ~~des Wirtschaftslebens~~ die Tarifverträge, Vertragsorganisationen auch bei der Gemeinde Anerkennung finden. In Deutschland hat ein General die Unternehmungen gezwungen, die Gewerkschaftsverträge einzuhalten.

Die Versorgung Wiens mit Lebensmitteln wird auch nach dem Krieg die Aufmerksamkeit der Gemeinde finden müssen. Sie wird sich nicht bloß auf die Märkte und Marktaufsicht beschränken müssen, auch dem Ein- und Verkauf der Lebensmittel wird erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden sein. Billige Lebensmittel bedeuten eine erhöhte Kaufkraft, diese einen Aufschwung der heimischen Industrie. Die billigen Lebensmittel sind aber auch notwendig, damit nicht

eine Unterernährung der Bevölkerung eintritt, und damit günstigere Bedingungen für Krankheiten geschaffen werden, wodurch sich wieder die Armenlasten erhöhen. Darum ist es notwendig baldigst die neue Bauordnung einzuführen durch welche bessere Wohnungsverhältnisse geschaffen werden. Wenn Sie aber nunmehr die Absicht haben und durch Ihre Zustimmung, die Sie den einzelnen Referenten gegeben haben, scheinen Sie dieselbe zu besitzen - diese Fragen einer Lösung zuzuführen, dann müssten Sie auch gründliche Reformen des Instrumentes durchführen, Sie müssten eine Reform der Gemeindeordnung der ganzen Geschäftsbehandlung durchführen und Sie müssten insbesondere aufräumen mit diesen Antiquitäten der Wahl- und Geschäftsordnung. Wir haben gar keine Möglichkeit in die Verwaltung einzugreifen, schaffen Sie deshalb Raum auch für jene Leute, die in ganz anderer Weise zurückkommen werden, und die heute noch im die Schützengraben bevölkern. Die Gleichheit, die im Schützengraben herrscht, hat Männer geschaffen, die ganz andere Forderungen an den Staat, an das Land und die Gemeinde stellen werden und die es kleinlich finden werden, wenn sie hier wieder dort anfangen sollen, wo sie im August 1914 aufgehört haben. Sie werden und müssen die Opposition teilnehmen lassen an den Arbeiten des Gemeinderates. In Lehrerkreisen wird viel Beschwerde über Protektion geführt, die sich nur dann zeigen kann, wenn jede Kontrolle vollständig ausgeschlossen ist. Bei jedem Voranschlag haben Sie grösste Schwierigkeit mit der Aufstellung, Sie leiden an einem ständigen Defizit und dieses kommt beim gegenwärtigen Voranschlag noch im erhöhten Masse zum Ausdruck. In diesem Voranschlag verlangen Sie von uns die Bewilligung von 1.366.000.-- Kronen Zuschusskredit. Wir sind es gewohnt, dass immer wieder Zuschusskredite verlangt werden, die Qualität dieser Zuschusskredite ist aber eine solche, dass man sich sagen muss, es wäre vielleicht doch bei einiger Voraussicht möglich gewesen, dieselben nicht zu fordern. Durch die Zurückstellung zahlreicher notwendiger Arbeiten verursachen Sie dem Magistrat und seinen Beamten eine ungeheure Arbeitslast, die noch dadurch erhöht wird, dass im Stadtrate oft Anträge gestellt werden, die nichts anderes beinhalten, als eine Aufforderung an den Magistrat zur Erledigung der betreffenden Angelegenheiten. Da ist es ja leicht Stadtrat zu sein, das Wichtigste ist doch aber, dass der Stadtrat selbst Richtung gebend auftritt

Nachdem schon im Frieden der Stadthaushalt einen Abgang von vielen Millionen Kronen aufwies, ist es nicht verwunderlich, dass heute ein so grosser Abgang von vielen Millionen zu verzeichnen ist. Der Voranschlag zeigt das Bestreben, die ordentliche Gehaltung möglichst aktiv zu gestalten, weshalb viele Posten, welche vielleicht auf die ordentliche Gehaltung gehörten, zu den ausserordentlichen Ausgaben geschlagen werden. Der Redner bemängelt sodann einzelne im Hauptvoranschlag ausgeworfene Beträge und schliesst: Wir müssen zur Ueberzeugung gelangen, dass der vorliegende Voranschlag sehr düster ist. Es wird ein kolossaler Abgang bleiben, der nicht bedeckt ist und welcher, wenn die Kassenbestände nicht ausreichen, aus den Anlehngeldern bestritten werden soll.

Der Voranschlag beweist, wie notwendig es wäre, daß wir nicht nur einmal im Jahre Gelegenheit haben, mit Ihnen über diese Fragen zu sprechen, sondern während des Jahres an der Verwaltung teilnehmen sollten, weil wir - so unbescheiden sind wir - einige gute Gedanken vorbringen könnten, die im Interesse der Bevölkerung gelegen sind. Eine gründliche Behandlung aller Fragen kann nur im Interesse der Bevölkerung liegen. Wenn Sie nicht zur Ueberzeugung kommen, daß es notwendig ist, die Opposition mitarbeiten zu lassen, bitten und betteln um Stadtratsmandate tun wir nicht. Wir können warten, wir glauben, dass unsere Zeit kommt, dass auch Sie das Einsehen haben müssten, dass Sie nicht so weiterarbeiten und sich auf ihre einseitige Parteiherrschaft stützen können, sondern, dass sie durch die Zukunft, die ungeheuer wichtige Aufgaben zu lösen haben wird, bemüsstigt sein werden uns zur Mitarbeit heranzuziehen. Wir wollen hoffen, dass dies der letzte Voranschlag ist, bei dem wir nicht schon bei der Vorberatung mitarbeiten können (Beifall bei den Parteigenossen!).

VR. Bierhammer übernimmt den Vorsitz.
 GR. Rummelhardt (pro): Wir wissen nicht, vor welchen Notstandsaktionen wir noch stehen und welche Bedürfnisse wir noch zu befriedigen haben werden, so dass ein Voranschlag, der von vornherein klipp und klar die Ziffern für die einzelnen Gruppen feststellt, nicht aufgestellt werden kann. Die Beratung des Voranschlags hat dennoch eine denkwürdige Bedeutung für die Geschichte dieses Krieges überhaupt. Wenn auch von den Rednern der Opposition manches bemängelt wurde, eines ist doch klargestellt worden, dass der halbwegs erträgliche Zustand, der heute unter diesen fürchterlichen Verhältnissen in Wien noch herrscht, ein Verdienst des Rathauses und damit ein Verdienst des Bürgermeisters ist. Die gesamte Bevölkerung muss daher schliesslich der Budgetdebatte dem Gefühle des Dankes für unser Stadtoberhaupt Ausdruck verleihen (Beifall) der Anerkennungswürdigen Eifer und in wahrhaft genialer Weise in dieser schweren Zeit unsere Stadt leitet. Nach

diesem Danke darf ich zitieren die Vizebürgermeister, es partizipieren Stadtrat und Magistrat, - aber auch die Obmännerkonferenz. Es hat mich peinlich berührt, dass gestern von einem Redner der Opposition der Eintritt in die Obmännerkonferenz und damit die Uebernahme eines gewissen Teiles der Verantwortung als ein parteipolitisches Opfer seitens der Minderheit hingestellt wurde. Zuerst hat die christlichsoziale Partei dieses Opfer gebracht, indem sie entgegen dem Majoritätsprinzip, auf das wir ein Anrecht haben, die Opposition zur Mitarbeit eingeladen hat. Ein Redner hat hervorgehoben, dass das sozialdemokratisch organisierte Proletariat bedingungslos seine Pflicht gegen das Vaterland erfüllte, als die Not des Vaterlandes rief. Das ist eine für die Kämpfer höchst ehrende Tatsache, das aber auf das Konto der Sozialdemokratie zu schreiben, dem kann ich nicht zustimmen. Ich glaube nicht, dass diese Helden, die wir alle bewundern, ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande erfüllt haben, weil sie Sozialdemokraten sind, sondern trotzdem sie Sozialdemokraten sind und nicht weil sie durch ihre Organisation dazu entflammt wurden, sondern durch ihre Erziehung zu wahren Patrioten in Familie und Schule, bevor sie in die sozialdemokratische Organisation eingetreten sind und ich danke nur, dass es nicht möglich war, diesen Grundstoß zu zerstören. Der sozialdemokratische Sprecher hat gesagt. Trotzdem unsere Partei immer gegen den Krieg war, kämpfen unsere Parteigenossen draussen wie Helden. Keine politische Partei, die hier im Saale vertreten ist, hat den Krieg gewollt. Tod und Not sind gleich für die Christlichsozialen, für die Sozialdemokraten, Deutschnationalen und auch für jenen grossen Teil der Arbeiter, der überhaupt nicht organisiert ist. Der Heldenmut ist von einer Parteizugehörigkeit überhaupt nicht abhängig, auch von keinem Stande. Das Lorbeerreis des Heldenmutes schmückt die Brust des Bauern, Gewerbetreibenden, Beamten und Lehrers ebenso wie des Arbeiters. Anders ist die Frage, wenn wir bedenken, welche Opfer wir nach dem Kriege noch zu tragen haben werden. Die Frage der Fürsorge für die Invaliden und die Hinterbliebenen der Gefallenen ist eine so wichtige, dass wir alle unser Bestes einsetzen werden, dass diese Frage so gelöst wird, wie sie gelöst werden muss. Es war abermals unser Bürgermeister, der zuletzt den Ruf an die Regierung ergehen liess, auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung das zu schaffen, was notwendig ist. Bezüglich derer, die gesund und heil zurückkehren, können wir feststellen, dass die wirklich qualifizierten Arbeiter auch nach dem Kriege lohnenden Verdienst finden werden. Regierung und autonome Körperschaften müssen ihr grösstmögliches einsetzen, damit die Heimkehrten entsprechend Arbeitsgelegenheit finden. Wir können auch feststellen, dass der Bauer

wieder zu seinem Pfluge zurückkehren wird, der Beamte in sein Amt, der Angestellte in seine Stellung, der Lehrer zum Katheder. Aber um die Mitglieder eines Standes ist mir bange, ob sie wieder in die Stellen zurückkehren können, von denen sie in dem heiligen Kampf ausgezogen sind. Das ist der ~~ganze~~ ^{ganze} Gewerbebestand, von dem ein so grosser Teil bei seiner Zurückkunft aus harter Kriegsnot die Werkstätten und verlaufene Kundenlisten findet. Ihnen Arbeitsgelegenheit zu schaffen, wird schwerer sein, als es bei den grossen Massen nicht qualifizierter Arbeiter der Fall ist. Da muss Regierung, Land und Stadt alles daransetzen, dass eine wirkliche Förderung des Kleingewerbes nach dem Kriege in ausgiebigster Weise platzgreife. Es besteht die Gefahr, dass der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Güter nur durch das Grosskapital, durch die Grossindustrie besorgt wird. Da muss Vorsorge getroffen werden, dass den Kleingewerbetreibenden durch Kreditgewährung, Beistellung entsprechender Maschinen, Zuweisung von Rohstoffen und andere Gewerbeförderungsakte die Möglichkeit geboten wird, sich an dem Wettbewerb der Arbeitsgelegenheit zum Wiederaufbau zerstörter Güter entsprechend zu beteiligen. (Beifall!)

Es muss auch nach dem Kriege der endlichen Schaffung einer Altersversorgung der Gewerbetreibenden nahegetreten werden. Die Sozialversicherung, in welche diese Gewerbetreibenden einbezogen sind, wird die Frage nicht regeln, denn es dürfte lange nicht dazu kommen. Auf diesem Gebiete wäre wohl eine ganz besondere Gewerbeförderung zu leisten, dadurch, dass eine eigene Altersversorgung, vielleicht auf genossenschaftlicher Basis mit Hilfe der städt. Lebens- und Rentenanstalt ~~xxxx~~ und unter Zuhilfenahme von Gemeindemitteln geschaffen wird, und dann möchte ~~xx~~ ich dazufügen von reichlichen Gemeindemitteln, denn durch eine solche Einrichtung würde ja der Armenfond der Stadt Wien entlastet werden. Wenn sich alle berufenen Faktoren nach dem Kriege entschliessen werden, dem Gewerbebestande, der durch den Krieg so hart betroffen wurde, hilfreich die Hand zu bieten, dann wird auch jene Erscheinung wieder eintreten, die nicht nur vom gewerblichen sondern auch vom sozialen Standpunkte aus sehr wichtig ist, nämlich, dass sich die Jugend wieder zum Ziel setzen wird, einst ein selbstständiger Meister zu werden. Das ist heute nicht der Fall, viele Gewerbebranchen veröden, wegen des mangelnden gewerblichen Nachwuchses. Diese Verhältnisse haben sich während des Krieges noch wesentlich verschlechtert. Ein Teil der qualifizierten Gehilfenschaft wird leider nach dem Kriege nicht mehr zurückkehren und ein anderer wird als invalid für seine frühere gewerbliche Betätigung nicht mehr in Betracht kommen. Der Nachwuchs in der Gehilfenschaft ist aber auch heute - durch die vorseitige Musterung der Lehrlinge, die aus ihrer Lehrzeit herausgerissen wurden, nicht ein so vorgebildeter wie es

zu wünschen wäre. Es ist daher eine unbedingte Forderung, dass sofort nach dem Kriege und wenn möglich noch während des Krieges die Regierung also das Arbeitsministerium daranzuhritte. Gehilfenkurse zuerrichten, in denen die mangelhafte Ausbildung der Lehrlinge während der Kriegszeit vervollständigt wird, damit wir wieder ein qualifiziertes Gehilfenmaterial bekommen. Ich habe betont, dass heute die Jugend sich nicht mehr so wie früher dem Gewerbe zuwendet und vielfach ist die Ursache in der Notlage der Eltern zu sehen, die die Ausgaben für die Aufzucht u. s. w. nicht bestreiten können. Es ist daher unserem Herrn Bürgermeister ausserordentlich dankenswert, dass er trotz seiner Ueberbürdung auch darauf nicht vergessen hat, dass den Jugendlichen die Erlernung eines Handwerkes ermöglicht wird. Es ist die intensivste Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung notwendig, dass die Jugend nicht wegen ein paar Kronen Verdienstes in den Fabriken davon abgehalten wird, was ordentliches für die Zukunft zu erlernen. Es tut mir das Herz leid, wenn ich in den qualifizierten Lehren andere nicht deutsche Lehrlinge aufwachsen sehe, während unsere deutschen Wiener Jungen als Fabriksheloten schmachten. Es hat auch einer der Herren Vorredner erklärt, dass man den Mädchen neue Berufe eröffnen müsse. Es würde eine Masse weiblicher Berufe und für die Mädchen sehr geeigneter Berufe geben, wenn sie nur zugreifen würden. Wir müssen unsere Frauen in dem wirtschaftlichen Kampfe bewundern, was sie in der Approximationsfrage leisten. Hierzu gehört sehr viel Intelligenz und Klugheit, aber der grösste Teil unserer Mädchen kümmert sich nicht darum, ja viele würden es als eine Entwürdigung empfinden, wenn sie in einen fremden Haushalt eintreten würden, um dort das zu erlernen, was ihr eigentlicher Beruf ist. Entweder gehen sie in die Fabrik oder werden Maschinschreiberinnen und nach wenigen Jahren sieht man sie bleich und hohlwagig, während das Dienstmädchen, das Gelegenheit hatte sich glänzend zu ermahnen, blühend aussieht und aus diesem Grunde möchte ich der weiblichen Jugend empfehlen, sich diesem eigentlichen Berufe der Hauswirtschaft zuzuwenden. Es ist ja durchaus nicht notwendig, dass man dieselbe in fremden Häusern erlernt, es gibt ~~ja~~ doch auch Koch- und Haushaltungsschulen.

GR. Klaudy: Ja das ist ~~ja~~ doch kein Verdienst, das ist doch eine Schule.
 GR. Rummelhardt: Jawohl eine Schule, wo aber die Mädchen so herangebildet werden, dass sie sich als tüchtige Wirtschaftlerinnen später gewisse mehr verdienen wie in der Fabrik oder als Maschinschreiberin.
 GR. Stein: Da müssen Sie Ihnen erst die Männer verschaffen.
 GR. Rummelhardt: Dazu brauchen sie keinen Mann, wenn sie Wirtschaftlerinnen werden.

Wir haben auch eine Reihe von Gewerben, denen sich auch die Töchter des Mittelstandes nicht widmen, trotzdem es sehr zweckmässig wäre für sie. Der Rückgang der weiblichen Lehrlinge in den Gewerben die für sie passen, ist ebenfalls zu verzeichnen. Allerdings ist auch hier vielfach die wirtschaftliche Lage der Eltern der Grund.

Eine Berufsberatung, welche aufklärend in der Bevölkerung wirkt, wird unbedingt notwendig sein. Das Weib muß wieder seiner Bestimmung zurück gegeben werden, es muß getrachtet werden, das wir für unseren Gewerbestand einen Nachschub bekommen. Dazu ist es jedoch notwendig, dass die Knaben, welche aus der Provinz kommen, um ein Gewerbe zu erlernen, strenge beaufsichtigt und eine gute Verpflegung haben. Ich möchte deshalb den Antrag stellen, dass die Gemeinde Wien der Lehrlingsfürsorgekommission einen städtischen Grund auf der Schmelz für die Erbauung eines Lehrlingsheimes unentgeltlich überlasse, ausserdem der Kommission zur Führung des Baues eine Subvention von 100.000 K bewillige. Die übrige Summe ist von der Lehrlingsfürsorgekommission sichergestellt.

Aus praktischen und ideellen Gründen bin ich für den Gewerbestand eingetreten. Vergessen wir nicht, dass unsere Stadt wie viele andere deutsche Städte durch den Gewerbefleiß aufgebaut wurden, dass Jahrhunderte hindurch die Gewerbetreibenden der Kern des Bürgertums waren. Darum müssen wir auch an die Gemeindevertretung der deutschen Stadt Wien mit dem Rufe herantreten: „Hilft dem Gewerbestande, damit er wieder zu Ansehen und Blüte gelangt!“ (Lebhafter Beifall)

GR. Kötter beantragt Wahl von Generalrednern (arg.)
GR. Dr. Mittler (contra): Ich möchte vor allem zwei Misstände besprechen, die meinen Wahlbezirk betreffen. Der eine betrifft die Beseitigung der jetzigen Kebrichteinsammlung und die endliche rasche Einführung eines neuen zweckentsprechenden Systems. Ferner möchte ich wünschen, dass der Stellwagenbetrieb endlich einmal derart eingerichtet werde, dass die mit Pferden betriebenen Stellwagen nur den Verkehr in der inneren Stadt vermitteln, nicht aber Strecken befahren, welche ohnedies die elektrischen Strassenbahnen und andere Personenverkehrsmittel versorgen.

gen bezüglich raschster Auszahlung der Kriegszulagen an die Lehrer. Ich habe beantwortet, dass er sagte, GR. Hohensinner hat den traurigen Mut, die Beamten zu verdächtigen, obwohl in der ganzen Interpellation von Beamten gar keine Rede war.

In derselben Sitzung habe ich eine Interpellation an den Bürgermeister im Auftrage meiner Gesinnungsgenossen gestellt und ich wüsste glaube mit Recht gefragt, was der Bürgermeister zu tun gedenkt, um den statutarischen Bestimmungen, wonach die Stadtratswahlen, überhaupt alle Ersatzwahlen, naturgemäß sofort vorgenommen werden sollen, zu entsprechen. Darauf hat der Bürgermeister mich und meine Partei in einer ganz unzulässigen unzutreffenden und dem Gesetze hohnsprechenden Weise abgelenkt. Er hat gesagt, dass in dem Gemeindestatute keine Termine vorgeschrieben sind, was eine unsachliche und ungehörige Antwort war. Er drehte den Spieß um und beschuldigte dabei mich, den Burgfrieden gebrochen zu haben. Er geht noch weiter und erlaubt sich die liberale Opposition zu bedrohen, indem er sagte, ob sich die Opposition mit dieser Anfrage genützt habe, werde die Zukunft lehren. Wir führen seit 20 Jahren in dieser Saale einen Kampf um parlamentarischen Anstand und Gerechtigkeit in dieser Frage und weisen diese Art von Interpellationsbeantwortungen auf das entschiedenste zurück. Ich persönlich werde mir derartige Attacken nicht mehr gefallen lassen, sondern sie als persönliche Angelegenheit nach jeder Richtung hin verfolgen. Der Anspruch der Minorität auf Stadtratsmandate ist sonnenklar. Sie haben uns in der Obmännerkonferenz gebraucht und brauchen uns noch heute und wenn wir heute erklären würden, aus der Obmännerkonferenz auszutreten, so wäre das für Sie die grösste Verlegenheit. Wir tun es aber nicht, weil wir uns sagen, dass eine Partei unbekümmert um alles Unrecht, das man ihr antut, in solchen historischen Momenten Verpflichtungen hat. Gemeinderat Rummelhardt hat auch über die Beteiligung der Sozialdemokratie in diesem Kriege gesprochen. In allen Staaten hat sich die sozialdemokratische Partei in der Kräftefrage gespalten und nur unserem, sonst an Spaltungen so reichen Vaterlande ist diese Spaltung erspart geblieben. Die einmütige Haltung der österreichischen Sozialdemokratie in dieser Frage kann daher von ihr mit Recht als Ruhmestitel angesprochen werden.

gesagt, dass keine Partei den Krieg gewollt hat. Einen Krieg von der jetzigen Dauer und von den Opfern hat niemand gewollt, nicht einmal die Engländer, Russen und Italiener. Aber in Kreisen, die nicht weit von der Mehrheit entfernt sind, wurde schon ein kleiner frischer Krieg willkommen gehalten. Bei den Demonstrationen vor dem Tegetthoff-Denkmal hat einer Ihrer illustren Redner von der notwendigen Züchtigung eines frischen Nachbarn

weil ich mich mit dem Kollegen Rummelhardt befasste, mich ich auch bemerken: Was kann ein Mann von der zweifellosen großen Bedeutung unseres Bürgermeisters, seinem Fleisse, u.s.w. für ein Vergnügen daran haben, seine Person bei jeder Gelegenheit immer in den Vordergrund gestellt zu sehen. Offenbar ist Bürgermeister Dr. Weiskirchner das Opfer seiner Schmeichler und Antrudler, die darin erstehen, ihm ihre Bewunderung auszusprechen. Im Namen des guten Geschmacks beschwöre ich Sie, lassen Sie das ewige Lobhudeln, die ewigen Dankbarkeitsversicherungen und bieten Sie der Bevölkerung in dieser Zeit nicht das Schauspiel einer Art Götzendienerei, für die die Bevölkerung kein Verständnis hat. Ihr Lob teilt die Bevölkerung als solche nicht. Es mag das ein großes Unrecht sein und zum Teil stehe ich selbst auf dem Standpunkte, dass es unrecht ist, wie man vom Bürgermeister spricht, aber lassen Sie es mit der Ernennung zum Ehrenbürger genug sein. Eine Frucht der gegenwärtigen Budgetdebatte ist eine Resolution, die der Herr GR. Eglauer beantragt hat - Ueber die Gutgemeintheit dieser Entschliessung will ich gar kein Wort verlieren, aber sie setzt sich über sehr grundlegende Dinge hinweg, sie geht von einer Voraussetzung aus, als ob der Ausgleich von 1867 nicht geschlossen worden wäre. Der geehrte Herr Sektionschef sollte doch bedenken, dass wir kein Zoll- und Handelsbündnis mit Ungarn mehr haben und man kann deshalb auch aus diesem Vertrage keinerlei Forderungen mehr ableiten. Ungarn ist heute eben ein selbstständiges Zollgebiet, und ich will Sie vor der Blamage bewahren, dass die Ungarn sagen, sie mit welchem Rechte fordert der Wiener Gemeinderat die Aufhebung der Abschliessung. Es gibt nur einen Weg insbesondere für die Majorität dieses Hauses, wirklich ernsthaft ~~zu tun~~ aufzuräumen mit ihrer ganzen Haltung in der ungarischen Frage. Nur auf dem Wege von Unterhandlungen können wir uns mit den Ungarn auseinandersetzen. In der Approvisionierungsfrage möchte ich nur bemerken: Wo ist dem der Approvisionierungsausschuss der Gemeinde Wien geblieben, wir hören von ihm seit Jahr und Tag nichts mehr.

GR. Klauy: Kein Ausschuss tagt.
GR. Dr. Mittler: Ich halte diese Verfügung des Ruhens der Ausschüsse für ganz und gar illegal.

Das Approvisionierungswesen bei uns ist ein trauriges Kapitel. Allerdings ist es in anderen Staaten auch nicht besser. Zu misbilligen ist aber dieses ewige Zuschieben des Verschuldens von der Gemeinde auf die Regierung und umgekehrt. Zwischen diesen beiden Faktoren muss bezüglich der Grundbedingungen eine Kooperation eine Einigung erzielt werden. Die Schwierigkeit der Lösung liegt aber noch auf einem anderen Punkte, in ihrem Verhältnisse zu den Agrariern. Sie wollen sich mit diesen nicht verderben und ihre Verbindungen mit den Grossgrundbesitzern

kann man schon daraus erkennen, dass eine Vertretung dieser Kreise, unter ihnen auch der Reichsritter v. Hohenblum, von dem ehemaligen Gemeinderat Dr. Gessmann zu dem Minister geführt wurde, damit die Grossagrarien dort gewisse Wünsche vorbringen.

Die Rede des GR. Kunschak bei dem Referate über die Viehverwertungsgesellschaft hat auf mich einen Eindruck gemacht, wie vielleicht noch keine andere. Eine Gewitterschwüle erfüllte damals diesen Saal und es machte auf mich den Eindruck, als ob es nur einer Kleinigkeit bedürfte, dass es zu einer Explosion kommt. Obwohl die massgebenden Mitglieder Ihrer Partei, darunter z.B. VBgm. Rein das Vorgehen der Gesellschaft in milden, aber doch ernsten Worten kritisierte, hat GR. Kunschak einen alten christlichsozialen Kniff angewendet, indem er der Diskussion auswich und die ganze Angelegenheit auf das Judengeld schob. Wahre Disharmonien immer, welche Gegensätze auch bei Ihnen zutage treten, sie sind in dem Momente einig, wenn der Ruf ertönt „Halt, ein Jude ist da!“ Kunschak hat in Ausdrücken und Wendungen gegen die Juden gesprochen, welche verletzen müssen. Bei der künftigen Konstellation der Verhältnisse werden die Juden und dafür kann ich als Beweis auch einen Ausspruch des deutschen Kaisers geltend machen, eine gewisse Rolle spielen. Sie dürfen nicht vergessen, es gibt ungefähr 14 1/2 Millionen Juden, von denen ungefähr 13 Millionen deutsch sprechen. Die einen sprechen hochdeutsch, die anderen jüdisch-deutsch. Schon aus dem Grunde, weil der Jude künftighin an der Seite der Deutschen sein muss und sein wird, muss den bestehenden Verhältnissen Rechnung getragen werden, und von diesem Standpunkte aus muss ich es beklagen, dass GR. Kunschak im Erlöschen begriffene Gegensätze wieder auffrischt. In einer der letzten Sitzungen ist auch den Juden Erbsenberger vorgeworfen worden, etwas, was man bei allen Nationen in gleicher Weise antrifft. GR. Kunschak hat über die Judenpresse losgeplatzt, das ist das grösste und bitterste Unrecht, dass gerade Ihre Partei begehen kann. Wenn eine Partei von der Judenpresse verhatscht wird, so ist es Ihre Partei. Wenn jemand einen Grund hat sich zu beklagen, sind wir es, weil wir wirklich keine Presse haben (Gelächter bei der Majorität) Sie haben das, was die Engländer eine gute Presse nennen. Finden Sie es bürgerlich, wenn in den antisemitischen Blättern die Gerichtsverhandlungen wegen Freistreiberei, Betrug im Lebensmittelhandel fast nur soweit sie Juden betreffen, gebracht werden. Wir haben gesehen, dass bezüglich der Inserate nicht eine so eiserne Konsequenz platzgreift. Es wurde auch gesagt, dass Sie über verschiedene Dinge nach dem Kriege reden werden. Sie geben sich Illusionen hin, wenn Sie glauben dass man Ihnen die Tribünen der Parlamente dazu öffnen wird, um einen nicht allzu fruchtbar Kampf auszufechten. Ich glaube, dass nach dem Kriege eine Art unfreiwilliger Waffenstillstand unter allen

